



Gewerkschaft der Polizei

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Landesbezirk Thüringen e.V.

Telefon: 0361 / 69895-0

Telefax: 0361 / 69895-11

E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Internet: www.gdp-thueringen.de

Thüringer Landtag

Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Den Mitgliedern des

THÜR. LANDTAG POST

06.12.2021 11:50

22603121

Jonka

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom
19.11.2021

Unser Zeichen

Datum
03.12.2021

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drs. 7/4358

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei bedankt sich für die Möglichkeit der Anhörung.

Die GdP begrüßt grundsätzlich eine Verlängerung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG.
Vor dem Hintergrund der andauernden Covid-19-Pandemie ist Notwendigkeit gegeben.

Die dem Gesetzentwurf in Anlage 3 beigefügten Fragen werden wie folgt beantwortet:

zu 1:

Es ist nicht klar dargelegt, was mit „alternative Formen der Zusammenarbeit“ gemeint ist. Vielmehr geht die GdP davon aus, dass von den in diesem Gesetzesabsatz eingeführten Beschlussformat angefragt sind.

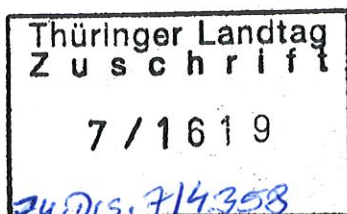
Die Nutzung und die Erfahrungen richten sich meist ausschließlich nach den vorhandenen technischen Ausstattungen der jeweiligen Personalratsmitglieder vor Ort.

Fehlende bzw. Unzureichende Videotechnik bzw. auch die Kostenübernahme für Programme elektronischer Abstimmungsverfahren führt zu bürokratischen und planbaren Hürden, welche eine organisatorische Umsetzung sehr erschweren oder nicht umsetzbar erscheinen lassen.

Grundsätzlich wurde damit zumeist die Telefonkonferenz als alternative Möglichkeiten genutzt. Präsenzsitzung wird in den überwiegenden Gremien bei Möglichkeit jedoch weiterhin vorrangig gewünscht.

zu 2:

Sollten technische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden stellen die alternativen Formen zukunftsfähiges Modelle dar. Neben der Wahl zwischen Präsenz und rein digital sollten auch hybride Sitzungen möglich sein. Es ist aber unbedingt wichtig, dass die Personalräte selbst über den Einsatz alternativer Formen entscheiden können.





Gewerkschaft der Polizei

zu 3:

Mit Verweisung zu den Ausführungen zu Punkt 1 können bisher lediglich die Nutzung der Telefonkonferenz als positives alternatives Mittel der Personalvertretung bestätigt werden.

Die Arbeitsplätze u.a. im Geschäftsbereich der Thüringer Polizei verfügen nicht über eine personenbezogene Internetanbindung. Die Trennung des polizeilichen Systems und die Sicherheitsanforderungen lassen in unserem Bereich weitere Hürde entstehen.

Die Form der Telefonkonferenz ist eine Möglichkeit Präsenzsitzungen zu vermeiden und wird als Alternative genutzt.

Praktizierte Umlaufverfahren sind zu langwierig. Das Umlaufverfahren hat zudem den Nachteil, dass so gut wie kein Austausch unter den Abstimmenden möglich ist und darunter ggf. die Qualität der Beschlussfassung leidet. Hierbei erhalten neue Personalratsgremien und auch Personalratsmitglieder kaum ihre Verständnisfragen beantwortet.

zu 4:

Es gilt die Herausforderungen zu begegnen, die technisch nicht erfahrenen Mitstreiter mitzunehmen.

Problematisch stellte sich die technische Ausstattung dar. Gerade die notwendigen Voraussetzungen für Videokonferenzen sind oft nicht vorhanden. Als Voraussetzung für eine Nutzung digitaler Formate über die Pandemie hinaus muss allen Personalräten bzw. deren Mitglieder auch tatsächlich den Zugang zu den notwendigen Arbeitsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender